

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlicher: Nachrichten Dresden
Verlags-Gesellschaft: 10244
Für die Redaktion: Nr. 10011
Schiffstraße 11, Hauptstadt-Dresden
Dresden - K. L. Meißnerstraße 10/11

Bezugspreis bei wöchentlichem Postamt monatlich 2,40 RM. (einschließlich 30 Pf. für
Kopiergeld), durch Postbezug 2,60 RM. (einschließlich 30 Pf. Kopiergeld) (ohne Postaufschlaggebühren
bei 7mal wöchentlichem Postamt, Abrechnung 10 Pf., außerorts Dresden 15 Pf.). Anzeigen-
preise: Die erste Zeile 50 mm dritte Zeile 45 Pf., für auswärts 40 Pf., Familienanzeigen und
Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pf., außerorts 20 Pf., bis 90 mm dritte Zeile 200 Pf.,
außerorts 250 Pf., Effektengebühren 30 Pf., Anzeigengebühren gegen Voranmeldung

Dresdner Verlag: Streich & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, Nachdr.) zulässig. Inverlangt
Schriftprobe werden nicht aufbewahrt

Oesterreichs Kabinett zurückgetreten

Baugoin wird Nachfolger Schobers

Wien, 25. Sept. Der Ministerrat hat um 5 Uhr nachmittags nach halbstündiger Beratung die Gesamtdimission des Kabinetts beschlossen. Bundeskanzler Schober begab sich gleich zum Bundespräsidenten Miklas, um ihm das Enthebungsgesuch zu unterbreiten.

Der Bundespräsident nahm die Demission an und beauftragte den Bundeskanzler sowie die übrigen Mitglieder der Bundesregierung mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte. Kurz darauf erschien auf Einladung des Bundespräsidenten der Präsident des Nationalrates, Dr. G. Müller, mit dem der Bundespräsident längere Zeit konferierte. Für morgen früh ist eine Einladung zunächst an den Obmann des Christlich-nationalen Klubs im Nationalrat, Abgeordneten Dr. Burreich, ergangen.

Als Ursache der Kabinettskrise wird allgemein die politische und persönliche Spannung zwischen Schober und Baugoin bezeichnet.

Schober hat einen hartnäckigen Kampf gegen die christlich-sozialistische Partei und gegen den sogenannten Seipelflügel dieser Partei geführt. Er versuchte, den Einfluß Baugoins in der Regierung allmählich zu beseitigen. Den Boden des Hofes schlug schließlich das Verhalten Schobers in der Angelegenheit des Präsidenten Bauhan aus, durch die schließlich Baugoin gezwungen wurde, dem Bundeskanzler ein Ultimatum zu stellen, das dann zum Rücktritt des Kabinetts Schober führte, da es Baugoin gelang, die ganze christlich-sozialistische Partei auf seine Seite zu bringen. Diese Wendung der Dinge wird allgemein als eine Stärkung der Stellung der christlich-sozialistischen Partei angesehen, die daher wohl auch wieder die Verantwortung für die kommende Regierung übernehmen dürfte.

An der Betrauung des Führers der Christlich-Sozialen, Baugoin, mit der Kabinettsbildung wird von keiner Seite mehr gezweifelt.

Trotz der Konflikte, die dem Rücktritt Schobers vorangingen, hofft man in Wiener politischen Kreisen, daß die unvorhergesehene Kabinettskrise die bürgerlichen Parteien einander näherbringen wird. Da niemand Neuwahlen wünscht, gilt es auch nicht als sehr wahrscheinlich, daß man Baugoin zwingen wird, eine Minderheitsregierung zu bilden. Dieser Lage entspricht auch eine halbamtliche Veröffentlichung von christlich-sozialer Seite, die hervorhebt, daß wohl alle drei bürgerlichen Parteien die Zeit bis zur Bildung der neuen Regierung möglichst abkürzen möchten.

Von den Freitag-Morgenblättern liegen bereits Stimmen über den Regierungsrücktritt vor. Die „Reichspost“ schreibt u. a.: Nicht darum war die Regierungskrise ausgebrochen, weil bestimmte persönliche Lösungen bei der notwendigen Reinigung der Bundesbahnverwaltung auf Widerstände gestoßen waren, sondern weil der Führer des Kampfes gegen die öffentliche Korruptionsercheinung, Reichskanzler Baugoin, durch eine entscheidende und vor dem ganzen Volk sichtbare Handlung den bisherigen Verschleppungen ein Ziel setzen wollte.

In dem Zeichen der Forderung nach Einheit des größten Staatsbetriebes von der Parteiherrschaft und der unzulässigen Geldgewinnung ist diese Krise entstanden, und in diesem Zeichen wird auch ihre Austragung erfolgen müssen.

Das Organ des Landbundes, das „Neue Wiener Extrablatt“ schreibt: In ihr Vertrauen zu Schober haben sich die Christlich-Sozialen ursprünglich mit dem Landbund und mit den Großdeutschen geteilt. Die Verantwortung dafür, daß sie dem Bundeskanzler Schober das Vertrauen entzogen und so den Zerschlagung herbeiführten, tragen sie allein. Das muß mit allem Nachdruck festgestellt werden, damit nicht eines Tages diese schwere Verantwortung der antimarkistischen Front aufgelegt werden kann. Aus der ganzen Art, wie diese Krise in Szene gesetzt wurde, tritt ein gewisser Uebermut entgegen, bei dem man sich fragen muß, ob er nicht von einer Unterhänkung der zu lösenden Aufgaben und einer Ueberhöhung der eigenen Kraft herrührt. Auch dafür tragen die Christlich-Sozialen die Verantwortung allein.

Dr. Seipel nach Wien zurückberufen

Oslo, 25. Sept. Der frühere österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel, der gestern hier eintraf, um Vorträge über die Verhältnisse in Oesterreich zu halten, erhielt heute nachmittags ein Telegramm über die Dimission der österreichischen Regierung. Dr. Seipel wurde aufgefordert, sofort zurückzukehren, um an den Verhandlungen über die Neubildung des Kabinetts teilzunehmen. Er hat alle Vorträge abgelehnt, da er Oslo sofort verlassen muß.

Sonabend berät die Heimwehr

Wien, 25. Sept. Die Bundesführung der Heimwehr hat alle Landesführer für Sonnabend nach Wien einberufen. Sie erklärt, bis dahin eine abwartende Haltung gegenüber dem neuzubildenden Kabinett einzunehmen.

Neue schwere Ausschreitungen in Prag

Sturm auf das Deutsche Haus

Prag, 25. Sept. Die deutschfeindlichen Ausschreitungen in Prag sind heute in verstärkter Weise fortgesetzt worden. Obwohl die Polizeidirektion Ansammlungen verboten hatte, strömten auf dem Wenzelsplatz ungeheure Menschenmassen zusammen, die sich zunächst in Hohn und Schmähschriften gegen die Deutschen Luft machten. Ein Teil der Menge versuchte auch heute, gegen das Deutsche Theater vorzudringen, konnte aber die Polizeikette nicht durchbrechen. Die Menge zog zum Deutschen Haus auf dem Graben, wo etwa 70 Fenstersteine zertrümmert und einige Schiffe in das Innere des Hauses abgegeben wurde. Die vor dem Deutschen Haus postierten Wachleute wurden von der Menge niedergeschlagen. Bei dem entstandenen Handgemenge wurden viel Personen verletzt. Auch kam es zu einigen Verhaftungen. Die Demonstrationen dauern noch an. Die Polizei hat Gendarmierverstärkungen angefordert.

Hintergründe der Prager Heiße

Prag, 25. Sept. Die Prager Polizeidirektion hat allen Kinobesitzern halbamtlich die Weisung erteilt, bis auf weiteres keine deutschen Tonfilme anzuführen, welcher Forderung sämtliche Kinobesitzer nachgegeben sind. Der Ministerrat hat sich am Donnerstagnachmittag mit der Frage der deutschen Tonfilme beschäftigt und festgestellt, daß zu einem allgemeinen Verbot keine gesetzliche Handhabe bestehe. Die deutschen Minister erklärten ausdrücklich, daß sie, wenn ein solches Verbot erfolgen würde, sich weitere Schritte vorbehalten müßten. Seitens des Innenministeriums wurde jedoch erklärt, daß eine Untersuchung eingeleitet werde, um neue Richtlinien für die Filmzensur aufzustellen.

Es ist anzunehmen, daß besonders der Abgeordnete der tschechischen Liga, Fexalek, der gute Beziehungen zu Amerika hat, als Hauptkämpfer gegen den deutschen Tonfilm antritt.

Dies wird in politischen Kreisen als ein Beweis dafür angesehen, daß es sich um einen Kampf des amerikanischen Filmkapitals gegen das deutsche handelt. Wie wir erfahren, wird das einzige deutsche Kino in Prag, die Urania, das Monopol für die Aufführung deutscher Tonfilme erhalten.

Polen belästigt Reisende im Korridor

Berlin, 25. Sept. Die Reisenden der zwischen dem Reich und Dänemark verkehrenden Züge sind seit gestern einer neuen unerhörten Belästigung durch die polnischen Bahndiener beim Passieren des Korridors ausgesetzt. Auf sämtliche Fahrkarten, die bei den Reisebüros (und nicht direkt an den Schaltern der Reichsbahn) gelöst worden sind, wird eine Nachzahlung erhoben, die 2. Klasse für die Fahrt Berlin-Königsberg 7 RM. bei 3. Klasse und 10 RM. bei 2. Klasse ausmacht. Die Berechnung erfolgt in Lots, wobei ein Lot von 0,50 RM. je Lots berechnet wird. Die Maßnahme wird damit begründet, daß angeblich bei der Abrechnung zwischen den Reisebüros und der polnischen Staatsbahn „betrügerische Manipulationen“ vorgekommen seien. Besonders unliebsam wirkt die Störung in den Schlafwagen der Nachzüge. Bei einer Anzahl ausländischer Wissenschaftler von internationalem Range, die zur Tagung des Vereins für Sozialpolitik nach Kopenhagen gefahren sind, hat das Vorgehen der polnischen Bahndiener naturgemäß die größte Entrüstung hervorgerufen.

Deutschfeindliche Kundgebung in Kattowitz

Kattowitz, 25. Sept. Vor den Geschäftsräumen der „Kattowitzer Zeitung“ rotteten sich heute abend gegen 10,30 Uhr Aufständische zusammen und schlugen die Fenstersteine ein. Die Täter sind Angehörige der Sanacja-Partei, die kurz vorher eine Versammlung abgehalten hatten, an der etwa 20 Personen teilgenommen hatten. Anschließend wurde bei dieser Versammlung auch die Tat besprochen. Die Täter konnten nicht ermittelt werden. Die sofort benachrichtigte Polizei konnte schließlich die Menge zurückdrängen und weitere Sicherheitsmaßnahmen treffen.

Bombenanschlag auf ein ukrainisches Kloster

Warschau, 25. Sept. In der Nähe von Lemberg wurde ein Bombenattentat auf ein ukrainisches Kloster unternommen. Die Explosion der Bombe war so stark, daß sie in ganz Lemberg gehört wurde. Die sofort alarmierte Polizei fand im Garten des Klosters noch ein Paket vor, das sich als eine Höllemaschine herausstellte, die glücklicherweise nicht explodiert war. — In ganz Ostgalizien wurden gestern wieder zahlreiche Brandstiftungen verübt.

Nachstoßen!

Das Echo, das der Ausgang der Reichstagswahlen im europäischem und außereuropäischem Ausland gefunden hat, mit Ausnahme von Frankreich und seinen kleinen Vasallenstaaten, ist endlich wirklich einmal ein Silberstreifen am politischen Horizont der letzten Jahre. Die Front der „Revisionsisten“ wächst, d. h. derer, die die Urfrage der Weltkriege zum guten Teil in der bereits vorhandenen Youngkrisis sehen, und die daher glauben, eine wahre Befriedung Europas könne erst dann eintreten, wenn diese Ursachen, das Versailler Diktat und der Youngplan, beseitigt oder „revidiert“ sind. Die Tatsache, daß der neue Reichstag den Youngplan nicht annehmen würde, daß die Mehrheit des Volkes die seit Jahren betriebene Erfüllungspolitik klar und eindeutig verurteilt hat, muß ja jedem echt demokratisch fühlenden Menschen zu denken geben, denn wo ein Volk mit so elementarer Macht seinen Willen kundgibt, bleibt kein Raum für papierne Abmachungen von Regierungen und Parlamenten, hinter denen längst nicht mehr die Mehrheit des Volkes stand. Und Mussolini kann aus seinem tiefen staatsmännischen Empfinden heraus mit Recht fragen: „Wird es noch jemand, der glaubt, daß der Youngplan genau im Jahre 1928 ablaufen wird und daß die Verträge auf Ewigkeit dauern werden?“ — Leider gibt es noch solche, und zwar sind es gewisse politische Federführer und Literaten in unserem eigenen Volke, die sich nicht genug tun können, den ehemaligen Feinden ihre Servilität zu beteuern, und die jetzt keine größere Angst haben, als daß die nationale Bewegung, die wieder mächtig aufschwimmt in Deutschland, unseren Tributherren mißfallen könnte. Der Wahlausfall ist angeblich an allem Unheil schuld, in tendenziöser Uebertreibung wurde ja bekanntlich von unseren linksgerichteten Boulevardzeitungen in die Weltposaunt, Kursstürze und gecheiterte Anleiheprojekte seien allein eine böse Folge des nationalsozialistischen Wahlerfolges. Und auch die ernster zu nehmende „Frankfurter Zeitung“ schenkt sich nicht, in einem Leitartikel zu behaupten, der Abrüstungsvorstoß, den Henderson in Genf am Donnerstag vor der Wahl unternahm, sei infolge des Wahlausfalles ins Stocken geraten. Es heißt da: „Die Erklärungen über Abrüstung und Stillstand waren erst der Anfang, die Stellungnahme zu den einzelnen Sicherheitsverstärkungen stand noch aus. Und wir wissen, daß man in französischen Kreisen dieser Stellungnahme der Engländer mit geheimem Wehen entgegenah. Nun, der Ausfall der deutschen Wahlen hat diese verborgene Angst ziemlich vollständig behoben und der Eifer Englands hat beträchtlichen Schaden genommen. Ob wir bis zum Schluß der diesjährigen Tagung noch die entscheidende Attade Englands gegen die französische Sicherheitsauffassung erleben werden, ist heute mehr als zweifelhaft.“ Also auch in dieser Frage ist der Reichsrud in Deutschland dasjenige, das die Ruhe und Friedlichkeit und die beginnende Abrüstung unter den Völkern stört. „Der status quo von Versailles mag schlecht sein, argumentieren nun die Engländer, aber es wäre nicht ehrenhaft von uns, wenn wir Frankreich in einem Augenblick im Stich ließen, wo dieser Status mit Gewalt bedroht erscheint.“ Es ist unerfindlich, woher man die Kühnheit nimmt, solche Entstellungen immer wieder aufzufrischen angesichts der Tatsache, daß gerade in den angloamerikanischen Ländern, abgesehen vom italienischen Faschismus, die Konsequenz aus den Wahlen am allerklarsten und einflussvollsten gezogen worden ist. Dearh, Amerikas Präsektion, nannte den Versailler Vertrag dumm und brutal und verbrecherisch, und daß diese Kundgebung nicht etwa nur einer Verärgerung gegen die Franzosen entspringt, die Dearh vor kurzem als „lästigen Ausländer“ abhob, daß diese Einsicht nicht nur im Lande der Extravaganzen Fuß faßt, sondern daß sie der wirtschaftlichen Vernunft und den Notwendigkeiten entspringt, das zeigt die gewichtige Stimme, die gestern der englische konservative Lord Rothermere, ebenfalls Chef eines großen Zeitungskonzerns, in die Waagschale geworfen hat. In Ausdrücken, wie sie entscheidender und radikaler kaum von Faschisten oder Nationalsozialisten gebraucht werden können, hat er hingewiesen auf die „Wiedergeburt Deutschlands“, die sich im Wahlausgang, im „Rud nach rechts“, dokumentierte. Der Ton, den man aus seinen Worten heraus hört, ist nun nicht etwa der der Gerechtigkeit, der Brutalität oder Empörung, wie es unsere Linkspolitiker gern wahr-

Heute: **D.N.**
Der **D.N.** - Krafffahrer
Seite 9 und 10